

Dr. Inge Gräble MdEP
Europäisches Parlament
Altiero Spinelli 15 E 130
Rue Wiertz B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-2847868
Fax.: 0032-2-2849868

Pressemitteilung

Europaparlament stimmt über die Haushaltsordnung der EU ab Dr. Inge Gräble, MdEP (CDU/EVP): "Riesenschritt in die richtige Richtung!"

"Mit dieser Entscheidung hat das Europaparlament ein enormes Potential für die künftige Entwicklung Europas geschaffen!", kommentiert die baden-württembergische CDU-Europaabgeordnete Inge Gräble die heutige Abstimmung über die Haushaltsordnung der Europäischen Gemeinschaften.

Mit 618 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen und 23 Enthaltungen verabschiedete heute das Europaparlament den Gesetzentwurf der Ko-Koordinatorin der EVP-Fraktion. "Ich freue mich über die breite Zustimmung zu den Änderungsvorschlägen. Dies zeigt das hohe Interesse des Parlaments an positiven Veränderungen: Das Parlament will den Einsatz europäischer Steuergelder effizienter als bisher gestalten. Politiken der Union sollen schneller umgesetzt werden. Die als sehr formalistisch und schwerfällig in Verruf geratene Verwaltung der Europäischen Union soll stärker am Bedürfnis der Nachfrager ausgerichtet werden."

Die CDU-Abgeordnete erhofft sich durch die Reform der Haushaltsordnung, die für alle EU-Institutionen gilt, weit reichende Änderungen. So könne nicht länger hingenommen werden, dass im Forschungsbereich bis zu ein Drittel der zur Verfügung gestellten Gelder für Antragskosten ausgegeben werden. "In der Nanoforschung wurden 230 Mio. EURO an Forschungsgeldern ausgeschrieben. Die einzelnen Anträge verursachten durchschnittliche Kosten von EUR 200.000.-, mit einem addierten Gesamtvolumen von 80 Mio. EURO. Nur 5% der gestellten Anträge waren erfolgreich. Der Forschungslandschaft Europas sollen diese Mittel künftig nicht mehr entzogen werden."

Die Vergabeverfahren für Zuschüsse werden nach dem Willen des Parlaments erheblich vereinfacht: Antragsformulare sollen vereinheitlicht und die Verfahren grundsätzlich mehrstufig durchgeführt werden. Nur für Anträge, die nach einer ersten Prüfung Aussicht auf Erfolg haben, sollen weitere Nachweise von den Antragstellern verlangt werden. Deren Unterlagen sollen zentral in einer Datenbank hinterlegt werden, um den Antragstellern ein mehrfaches Einreichen zu ersparen. Schließlich sollen Fördergelder statt - wie bisher auf Grundlage eines äußerst umfangreichen Vertragswerkes – durch eine Zuschussentscheidung fließen können.

Konkrete Verbesserungen soll es neben dem Bereich der Förderungen und Zuschüsse auch im Vergabewesen geben. Hier werden die sehr hohen Nachweispflichten für die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit der Vertragsnehmer bei Kleinsummen stark vereinfacht. Langfristige vertragliche Bindungen sollen künftig regelmäßig überprüft werden. Bei der Auftragsvergabe sollen die Interessen kleiner und mittelständischer Unternehmen durch die Aufteilung von Aufträgen in Teil- und Fachlose besser berücksichtigt werden.

Auch in der Verwaltung müssen die Verfahren entschlackt werden. Da das bisherige System der Amtsträgerhaftung zu Rechtsunklarheiten führte, wurden Entscheidungen erst nach einem langen Prüfungsweg mit bis zu 100 Unterschriften getroffen. Die Reform nimmt hier Klarstellungen vor.

Abschließend äußerte sich Inge Gräble sehr zufrieden über die tatsächlichen Erfolgsaussichten der Reform: „Bereits in der vorausgehenden Plenardebatte hat die Kommission angekündigt, den größten Teil der Vorschläge des Parlaments in ihren überarbeiteten Gesetzesentwurf zu übernehmen. Ich fordere an dieser Stelle auch die österreichische Ratspräsidentschaft auf, sich aktiv dafür einzusetzen, dass Europas Bürger und Unternehmen von den Vorschlägen für eine kundenorientierte Verwaltung profitieren können. Nur so werden wir dem Ziel, weltweit einen Spitzenplatz in Forschung, Technologie und Lebensstandards zu erreichen, einen Schritt näher kommen können. Dies hilft gerade auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland.“